

Stock | Schermaier-Stöckl | Klomann | Vitr

# Soziale Arbeit und Recht

Lehrbuch

3. Auflage



**Nomos**

Stock | Schermaier-Stöckl | Klomann | Vitr

# Soziale Arbeit und Recht

Lehrbuch

3., aktualisierte und erweiterte Auflage



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0071-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-1486-0 (ePDF)

3., aktualisierte und erweiterte Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## **Vorwort zur 3. Auflage**

Mit der dritten Auflage bringen wir das Lehrbuch auf den Stand zum 07.08.2023. So weit wie möglich haben wir auch Gesetze, die zum 01.01.2024 oder noch später in Kraft treten, eingearbeitet. Seit der letzten Auflage hat der Gesetzgeber u.a. das Bürgergeld-Gesetz eingeführt, die Rechte von Kindern und Jugendlichen durch ein gleichnamiges Gesetz zu stärken versucht und das Vormundschafts- und Betreuungsrecht reformiert. Für die Soziale Arbeit ebenso wichtig sind uns die Gesetze zur Ganztagsförderung, zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und mehrere Gesetze zur Unterstützung gleichberechtigter und selbstbestimmter Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Trotz gestiegener Komplexität konnten wir die Struktur und den Umfang des Buches beibehalten.

Aachen, 10.10.2023

*Die Autor\*innen*

## Vorwort zur 2. Auflage

Mit der zweiten Auflage behalten wir unser Anliegen bei, Recht für die Soziale Arbeit verständlich zu machen. Wir beginnen erneut einerseits mit praktischen Hinweisen und andererseits mit der Ausarbeitung theoretischer Bezüge zwischen Sozialer Arbeit und Recht.

Dann aber haben wir uns zu einer Neustrukturierung entschieden, indem wir nur noch zwei statt bisher drei Ebenen darstellen. Wir beginnen mit einer Orientierung an der abstrakten Struktur der Rechtsordnung (Teil B) und können so Inhalte vermitteln, die gleichermaßen für alle nachfolgend beschriebenen Themenfelder der Sozialen Arbeit (Teil C bis Teil J) gelten. Um unser Ohr so nah wie möglich an der Sache der Sozialen Arbeit zu halten, haben wir wesentlich mehr Fälle aus der Praxis aufgegriffen und am Ende jeden Kapitels gesondert gelöst. Um sie schneller nachlesen zu können, ist jetzt ein Fallverzeichnis vorangestellt.

Die Themenfelder der Sozialen Arbeit haben ein klareres Profil erhalten, indem wir finanzielle Problemlagen, die Situation von Familien, den Bildungssektor, Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund sowie den Gesundheits- und den Gewaltbereich intensiver als bisher fokussiert haben. Bei der Überarbeitung ist uns erneut bewusst geworden, wie vielschichtig und komplex die rechtlichen Aspekte des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem in Deutschland geworden sind. Sie sind eng miteinander verknüpft. Umso wichtiger war es uns, eine Gesamtdarstellung auszuarbeiten. Das Lehrbuch für Soziale Arbeit und Recht (LSA) wird erneut ergänzt um die Fallsammlung und Arbeitshilfen (FSA), die wir mit 50 weiteren Fällen und zahlreichen Links ausstatten.

In die Bearbeitungszeit der Neuauflage fiel die im März 2020 ausgebrochene Corona-Pandemie. Währenddessen hat es zahlreiche Gesetze und Verordnungen gegeben, die befristet in die Rechte von Bürger\*innen eingriffen, gleichzeitig aber auch das Funktionieren des Gesundheits- und Sozialsystem sicherstellen mussten. Wir haben uns hier auf die Darstellung der einschneidendsten Veränderungen beschränkt, zumal die Maßnahmen befristet waren oder sind und nicht voraussehbar ist, ob sie bei Erscheinen des Buches noch Gültigkeit haben.

Aachen, 25.08.2020

*Die Autor\*innen*

## Vorwort zur 1. Auflage

Mit diesem Lehrbuch versuchen wir, einen umfassenden Einblick in das für die Soziale Arbeit maßgebliche Recht zu geben.

Die Orte, von denen aus wir die Beschreibung starten, sind von uns definierte Themenfelder der Sozialen Arbeit. Unser Ausgangspunkt ist die Frage: „Welche Rechtskenntnisse benötigt eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter, der in diesem Themenfeld oder konkret z.B. in der Flüchtlingshilfe, der Erziehungsberatung oder dem Allgemeinen Sozialdienst einer Einrichtung tätig ist?“ Damit richtet sich das Buch gleichermaßen an Studierende in der Ausbildung und an Praktiker der Sozialen Arbeit. Jedes Themenfeld beschreiben wir zunächst aus der Perspektive der Sozialen Arbeit und dann aus derjenigen des Rechts.

Zahlreiche Rechtsgebiete, auf die wir eingehen, finden in der juristischen Ausbildung wenig Beachtung; sie gelten selbst für langjährig tätige Juristen als entlegen. Wir hoffen, deshalb auch dem juristisch vorgebildeten Leserkreis eine gute Übersicht über „Soziale Arbeit und Recht“ geben zu können.

Es treffen in diesem Buch zwei Disziplinen aufeinander, die mit unterschiedlichen Denk- und Vorgehensweisen an einer gemeinsamen Sache arbeiten. Wir wollen dies zunächst einmal anschaulich darstellen. Die Schnittmengen schienen uns am Ende größer als die Unterschiede.

Zeitgleich mit diesem Buch legen wir einen Band „Fallsammlung und Arbeitshilfen“ vor. Darin sind Fälle, wie sie in der Sozialen Arbeit häufiger vorkommen, mit ausgearbeiteten juristischen Lösungen, aber auch Textvorschlägen für die Soziale Arbeit versehen. Arbeitshilfen, d.h. Tabellen und Links zu Merkblättern und Formularen runden das Angebot ab.

Für viele angehende Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen ist das Fach Recht eines der schwersten. Zu „abstrakt“, zu „trocken“ – dies sind noch die harmloseren Bewertungen, die wir von unseren Studierenden zu hören bekommen. Und es stimmt ja: das Recht bedient sich einer eigenen, abstrakten Sprache, die man erst einmal erlernen muss. Wir, die Lehrenden, verstehen uns da als Dolmetscher und Übersetzer. Aus diesem Grund haben wir, was sonst nicht üblich ist, die persönliche Ansprache aus unseren Vorlesungen in unser Buch übernommen.

Aachen, 20.9.2016

*Die Autoren*



# Inhalt

<b>Abbildungsverzeichnis</b>	19
<b>Fallverzeichnis</b>	22
<b>Autor*innenverzeichnis</b>	23
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	25
<b>A. Einführung</b>	31
<b>1. Praktische Hinweise</b>	31
1.1. Zur Vorgehensweise im Studium	31
1.2. Zum Umgang mit juristischen Texten	32
1.2.1 Wo finde ich ein Gesetz?	32
1.2.2 Wie lese ich ein Gesetz?	32
1.2.3 Wie zitiere ich ein Gesetz?	33
1.2.4 Gesetzessammlung, Kommentar, Lehrbuch	33
1.2.5 Wie finde und zitiere ich Urteile?	34
1.2.6 Was ist ein Leitsatz?	34
<b>2. Grundgedanken</b>	35
2.1. Soziale Arbeit als Profession	35
2.1.1 Der Professionsdiskurs	36
2.1.2 Soziale Arbeit als Soziale Dienstleistung	39
2.1.3 Die Traditionslinien von Sozialpädagogik und Sozialarbeit	40
2.1.4 Konstituierende Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit	42
2.1.5 Anforderungen an die professionell Tätigen	43
2.1.6 Professionelles Wissen und Können, Handlungskompetenz und Reflexivität	43
2.1.7 Professionelle Grundhaltung	45
2.2. Einige Thesen zum Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Recht	46
2.2.1 Thesen aus der Sozialen Arbeit	46
2.2.2 Thesen aus der Rechtswissenschaft	53
2.3. Bezugspunkte und Handlungsfelder zwischen Sozialer Arbeit und Recht	60
2.3.1 Praxis-, Arbeits- und Handlungsfelder in der Sozialen Arbeit	60
2.3.2 Die einheitliche Struktur des Rechtssystems	61
2.3.3 Begründung der Fokussierung auf acht Themenfelder	63
<b>B. Die Rechtsordnung in ihrer abstrakten Struktur</b>	66
<b>1. Das Rechtssystem im Allgemeinen</b>	66
1.1. Menschenbild und Menschenwürde	66
1.2. Die Teilnahme natürlicher Personen am Rechtsleben	68
1.2.1 Die Rechtsfähigkeit	68
1.2.2 Die Geschäftsfähigkeit	68
1.2.3 Die persönliche Verantwortung für das eigene Handeln	71
1.2.4 Überblick: Fähigkeiten zur Teilnahme am Rechtsleben	72
1.3. Die Teilnahme von Organisationen am Gesundheits- und Sozialsystem	74
1.3.1 Juristische Personen des Zivil- und des Öffentlichen Rechts	74

1.3.2	Das sozialarbeiterische Dreieck von Rechtsbeziehungen	75
1.3.3	Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege	77
1.3.4	Der Staat als Leistungsträger und Rahmengeber von Sozialer Arbeit	78
1.4.	Rechtsnormen und Rechtsanwendung	80
1.4.1	Rechtsgebiete	80
1.4.2	Normenhierarchie und Verfassungsrecht	84
1.4.3	Der Bezug zwischen Gesetzesnorm und Einzelfall: Anspruchsgrundlagen	93
1.4.4	Zeitliche Grenzen des Rechts: Fristen und Verjährung	94
<b>2.</b>	<b>Zivil- und Zivilverfahrensrecht</b>	<b>97</b>
2.1.	Grundbegriffe des materiellen bürgerlichen Rechts	97
2.1.1	Vertretung: Handeln für andere	98
2.1.2	Rechtsgeschäft	99
2.1.3	Wichtige Verträge in der Praxis der Sozialen Arbeit	102
2.1.4	Gesetzliche Schuldverhältnisse	111
2.1.5	Erbrecht	113
2.2.	Rechtsdurchsetzung	114
2.2.1	Außergerichtliche Konfliktregelung	114
2.2.2	Der Zivilprozess	117
2.2.3	Die Zwangsvollstreckung	122
<b>3.</b>	<b>Verwaltungs- und Sozialrecht</b>	<b>125</b>
3.1.	Das staatliche Verwaltungshandeln	125
3.1.1	Gesetze des Verwaltungs- und des Sozialrechts	125
3.1.2	Zuständigkeiten im Verwaltungs- und Sozialrecht	129
3.1.3	Das typische Behördenhandeln durch Bescheid	132
3.2.	Der Verwaltungs- bzw. Sozialgerichtsprozess	149
3.2.1	Das Hauptsacheverfahren	149
3.2.2	Einstweiliger Rechtsschutz	151
<b>4.</b>	<b>Straf- und Strafverfahrensrecht</b>	<b>154</b>
4.1.	Die Strafbarkeit aus juristischer Sicht – eine Einführung	155
4.2.	Allgemeine strafrechtliche Grundlagen	156
4.2.1	Vorsatz	156
4.2.2	Fahrlässigkeit	157
4.2.3	Rechtswidrigkeit/Rechtfertigungsgründe	158
4.2.4	Schuldfähigkeit und Entschuldigungsgründe	160
4.2.5	Tun / Unterlassen	162
4.2.6	Rechtsfolgen der Tat: Staatliche Sanktionen	163
4.3.	Einige für Sozialarbeiter*innen relevante Straftatbestände	169
4.3.1	Verletzung der Unterhaltspflicht, § 170 StGB	170
4.3.2	Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht, § 171 StGB	171
4.3.3	Sexueller Missbrauch	172
4.3.4	Körperverletzung, §§ 223 ff. StGB	182
4.3.5	Misshandlung Schutzbefohlener, § 225 StGB	184
4.3.6	Entziehung Minderjähriger, § 235 StGB	184
4.3.7	Kinderhandel, § 236 StGB	185
4.3.8	Zwangsheirat, § 237 StGB	185

4.3.9	Nachstellung, § 238 StGB (sog. „Stalking“)	185
4.3.10	Erschleichen von Leistungen, § 265a StGB	189
4.3.11	Urkundenfälschung, § 267 StGB	190
4.3.12	Unterlassene Hilfeleistung, § 323c Abs. 1 StGB	190
4.3.13	Straftatbestände des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG)	192
4.4.	Grundsätze des Strafprozesses	194
4.4.1	Rechtsstaatsprinzip	194
4.4.2	Legalitätsprinzip	194
4.4.3	Opportunitätsprinzip	194
4.4.4	Untersuchungsgrundsatz/Amtsermittlungsgrundsatz	194
4.4.5	Unschuldsvermutung	195
4.4.6	Öffentlichkeitsgrundsatz	195
4.4.7	Mündlichkeitsgrundsatz	195
4.4.8	Unmittelbarkeitsprinzip	196
4.4.9	Verteidigung / Pflichtverteidigung	196
4.5.	Der Ablauf des Strafverfahrens	197
4.5.1	Ermittlungs- oder Vorverfahren	198
4.5.2	Gerichtliches Zwischenverfahren	200
4.5.3	Hauptverhandlung	200
4.5.4	Vollstreckungsverfahren	201
<b>C.</b>	<b>Soziale Arbeit im Kontext finanzieller Problemlagen</b>	<b>203</b>
1.	<b>Überblick</b>	<b>204</b>
1.1.	Prüfschema: Drei Säulen und ein Netz mit doppeltem Boden	204
1.2.	Überblick zur privaten Sicherung	207
1.3.	Überblick zu steuerfinanzierten Geldleistungen	207
1.4.	Überblick zu den Geldleistungen der fünf Sozialversicherungsträger	208
1.5.	Überblick zu den existenzsichernden Leistungen	208
2.	<b>Die private Sicherung</b>	<b>212</b>
2.1.	Die Klärung der privaten finanziellen Situation	212
2.1.1	Eine Bestandsaufnahme der finanziellen Verhältnisse	212
2.1.2	Die Privatinsolvenz	216
2.2.	Unterhaltsansprüche	217
2.2.1	Paarunterhalt	217
2.2.2	Verwandtenunterhalt	221
2.2.3	Unterhalt und staatliche Leistungen	226
3.	<b>Steuerfinanzierte Geldleistungen</b>	<b>227</b>
3.1.	Allgemeines	228
3.1.1	Bundes- oder landesrechtliche Leistungen	228
3.1.2	Staatsbürgerschaftliche Voraussetzungen	229
3.2.	Beratungs- und Prozesskostenhilfe	229
3.2.1	Beratungshilfe	229
3.2.2	Prozesskostenhilfe	230
3.3.	Kindergeld	231
3.3.1	Anspruchsvoraussetzungen	231
3.3.2	Kindergeld und Kinderfreibetrag	232
3.3.3	Abzweigung	233

3.4.	Elterngeld	233
3.4.1	Grundvoraussetzungen	234
3.4.2	Basiselterngeld, ElterngeldPlus und Partnerschaftsbonus	234
3.4.3	Die Höhe des Elterngeldes	234
3.4.4	Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	235
3.5.	Unterhaltsvorschuss	235
3.6.	BAföG und andere Ausbildungsbeihilfen	236
3.7.	Wohngeld	236
3.8.	Kinderzuschlag	236
<b>4.</b>	<b>Leistungen der Sozialversicherungen</b>	239
4.1.	Allgemeines zu den Sozialversicherungen	239
4.1.1	Entstehung und Überblick	239
4.1.2	Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit	240
4.1.3	Leistungen der Sozialversicherungen	242
4.2.	Arbeitslosengeld I	243
4.2.1	Anspruchsgrundlage	244
4.2.2	Die Anspruchsvoraussetzungen	244
4.3.	Rentenleistungen	244
4.3.1	Geldleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung	244
4.3.2	Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherungen	246
<b>5.</b>	<b>Existenzsichernde und andere Sozialhilfeleistungen</b>	248
5.1.	Einführung	249
5.1.1	Soziale Arbeit und Existenzsicherung	249
5.1.2	Grundgesetzliche Verankerung und Subsidiarität	249
5.1.3	Leistungsarten und Personengruppen	250
5.1.4	Grundsicherung und Sozialhilfe für Ausländer*innen sowie Asylbewerberleistungen	252
5.1.5	Träger und Finanzierung von Grundsicherung und Sozialhilfe	252
5.2.	Recht der Grundsicherung	253
5.2.1	Grundsicherung für Arbeitssuchende: Das Bürgergeld	253
5.2.2	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	256
5.2.3	Die Hilfe zum Lebensunterhalt	258
5.3.	Das Recht der übrigen Sozialhilfen	259
5.3.1	Hilfen zur Gesundheit und die Sicherungen im Krankheitsfall	259
5.3.2	Hilfe zur Pflege	259
5.3.3	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	260
5.3.4	Hilfen in anderen Lebenslagen	261
5.4.	Einkommen, Vermögen und Unterhaltsansprüche	261
5.4.1	Personenkreis	261
5.4.2	Einkommen	262
5.4.3	Vermögen	263
5.4.4	Unterhaltspflichtige Partner und Angehörige	263
<b>D.</b>	<b>Soziale Arbeit mit Paaren, Familien, Kindern und Jugendlichen</b>	269
1.	<b>Familiäre Lebenszyklen und Bewältigungsprozesse</b>	269
2.	<b>Familie und Staat</b>	272
2.1.	Elternvorrang und Schutzauftrag	273

<b>3. Kinder- und Jugendhilfe</b>	275
3.1. Träger der Kinder- und Jugendhilfe	275
3.1.1 Öffentliche Träger	276
3.1.2 Freie Träger	276
3.2. Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe	277
3.2.1 SGB VIII-Reform	278
3.2.2 Grundrichtung der Aufgabenerfüllung	279
3.3. Zuständigkeit	279
3.3.1 Sachliche Zuständigkeit	280
3.3.2 Örtliche Zuständigkeit	280
3.3.3 Verhältnis der Kinder- und Jugendhilfe zu anderen Leistungsträgern	282
3.4. Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe	283
3.4.1 Kostenbeteiligung der Adressat*innen	284
3.5. Sozialarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe	285
3.5.1 Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen	286
3.6. Adressat*innen der Kinder- und Jugendhilfe	286
3.6.1 Geltungsbereich des SGB VIII	287
3.6.2 Wunsch- und Wahlrecht der Adressat*innen	288
<b>4. Familiäre Beziehungen im Recht</b>	288
4.1. Paarbeziehungen	288
4.1.1 Ehe	289
4.1.2 Lebensgemeinschaft	298
4.1.3 Beratungsangebote für Paare	299
4.2. Verwandtschaft	300
4.2.2 Abstammung	301
4.2.3 Adoption eines minderjährigen Kindes	307
4.2.4 Aufgaben des Jugendamtes bei der Klärung von Verwandtschaft und Mitwirkung bei Adoptionen	312
4.3. Die Eltern-Kind-Beziehung	313
4.3.1 Verwandtenunterhalt	313
4.3.2 Das Sorgerecht	313
4.3.3 Das Umgangsrecht	322
4.3.4 Das Kindeswohlprinzip	327
4.4. Staatliche Unterstützung elterlicher Erziehungsverantwortung	331
4.4.1 Familienunterstützende Leistungen	332
4.4.2 Familienergänzende Leistungen	335
4.4.3 Hilfen zur Erziehung	336
4.4.4 Besonderheiten einer Fremdunterbringung	342
4.4.5 Hilfe für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII	346
4.4.6 Hilfeplanverfahren, Hilfeplan und Steuerungsverantwortung	346
4.5. Ersetzung elterlicher Verantwortung	349
4.5.1 Tod des Sorgeberechtigten	349
4.5.2 Tatsächliche Verhinderung des Sorgeberechtigten und Ruhen des Sorgerechts	350
4.5.3 Vormundschaft	351
4.5.4 Pflegschaft	352

4.5.5	Beistandschaft	352
4.5.6	Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe in Bezug auf Beistandschaft, Pflegschaft und Vormundschaft	353
4.6.	Kindeswohlgefährdung und staatlicher Schutzauftrag	353
4.6.1	Die Kindeswohlgefährdung	354
4.6.2	Der Kinderschutz	357
4.7.	Familiengerichtliche Verfahren	366
4.7.1	Verfahren in Kindschaftssachen	367
4.7.2	Verfahren in Kinderschutzsachen	367
4.7.3	Einstweiliger Rechtsschutz	368
4.7.4	Die Mitwirkung des Jugendamtes in familiengerichtlichen Verfahren	368
<b>E.</b>	<b>Berufsausübung in der Sozialen Arbeit</b>	371
<b>1.</b>	<b>Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit</b>	373
1.1.	Werkvertrag	373
1.2.	Dienstvertrag	374
1.3.	Arbeitsvertrag	374
1.3.1	Sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis	375
1.3.2	Mini-Job und Midi-Job	375
1.4.	Freie Mitarbeit und Scheinselbstständigkeit	376
1.5.	Schwarzarbeit	377
<b>2.</b>	<b>Arbeitsrecht</b>	377
2.1.	Rechte von Arbeitnehmer*innen	378
2.1.1	Recht auf Lohn	378
2.1.2	Recht auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	379
2.1.3	Recht auf geregelte Arbeitszeit und Ruhepausen	379
2.1.4	Recht auf bezahlten Erholungsurlaub	379
2.1.5	Recht auf ein Arbeitszeugnis	379
2.2.	Begründung eines Arbeitsverhältnisses	379
2.3.	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	380
2.4.	Kirchliches Arbeitsrecht	381
<b>3.</b>	<b>Berufsrecht</b>	383
3.1.	Staatliche Anerkennung und Bildungswege in der Sozialen Arbeit	383
3.2.	Rechtsgrundlagen spezifischer Tätigkeitsfelder in der Sozialen Arbeit	385
3.3.	Soziale Arbeit, Heilkunde, Psychotherapie	388
3.4.	Soziale Arbeit und Rechtsberatung	389
<b>4.</b>	<b>Verschwiegenheit und Vertrauensschutz in der Sozialen Arbeit</b>	391
4.1.	Schweigen als Voraussetzung für Soziale Arbeit	391
4.2.	Der Sozialdatenschutz	393
4.2.1	Besonderer Sozialdatenschutz in der Kinder- und Jugendhilfe	396
4.3.	Die Verletzung der Schweigepflicht gem. § 203 StGB	398
4.3.1	Der Personenkreis der Geheimnisträger*innen	398
4.3.2	Der Personenkreis der mitwirkenden Personen	398
4.3.3	Der Umfang der Schweigepflicht	399
4.3.4	Die rechtswidrige Offenbarung von Berufsgeheimnissen	400
4.4.	Das Zeugnisverweigerungsrecht	402

<b>5. Soziale Arbeit in der Haftung</b>	403
5.1. Zivilrechtliche Haftung	404
5.1.1 Haftung und Schadenstragung	404
5.1.2 Haftung von Sozialarbeiter*innen	406
5.1.3 Haftung der freien Träger	409
5.2. Strafrechtliche Haftung	411
5.3. Arbeitsrechtliche Haftung	412
<b>F. Soziale Arbeit und Bildung</b>	413
<b>1. Formale und non-formale Bildungsperspektiven</b>	413
<b>2. Recht der KiTas, Schulen und übrigen Bildungseinrichtungen</b>	415
2.1. Frühe Bildung	415
2.2. Schulbildung	420
2.2.1 Inklusion und sonderpädagogische Förderung	421
2.2.2 Schulsozialarbeit	423
2.3. Außerschulische Bildung für Kinder und Jugendliche	424
2.4. Berufliche Bildung	425
2.4.1 Jugendberufshilfe	426
2.5. Erwachsenenbildung	426
<b>3. Förderung und Unterstützung von Bildung</b>	427
3.1. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach SGB II und SGB XII	427
3.2. Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung	428
3.3. BAföG	428
3.3.1 BAföG für Schüler*innen	429
3.3.2 BAföG für Studierende	429
3.4. Berufsausbildungsbeihilfe nach SGB III	433
3.5. „Meister-BAföG“	433
3.6. Stipendien und Kreditprogramme	434
<b>G. Soziale Arbeit und Behinderungen</b>	435
<b>1. Behinderung: Konstrukt und Zuschreibung</b>	436
<b>2. Behinderung / Schwerbehinderung im Rechtssystem</b>	439
2.1. Zivilrecht	440
2.2. Gleichstellungsrecht	441
2.3. Arbeitsrecht	441
2.4. Öffentliches Recht	442
<b>3. Rehabilitation und Teilhabe</b>	442
3.1. Leistungen	442
3.2. Leistungsträger	444
3.3. Verfahren	446
3.3.1 Klärung der Zuständigkeit	446
3.3.2 Feststellung des Rehabilitationsbedarfs	447
3.3.3 Begutachtung	447
3.3.4 Bewilligungsfiktion und Kostenerstattungsanspruch	447
3.3.5 Teilhabeplan	448
3.4. Das Persönliche Budget	448
<b>4. Eingliederungshilfen</b>	451
4.1. Der gesetzliche Rahmen, der Nachrang und die Zuständigkeiten	452
4.2. Fachkräfte	453

4.3.	Der Kreis der Leistungsberechtigten	454
4.4.	Eingliederungshilfen nach dem SGB IX	455
4.5.	Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII	455
4.6.	Das Gesamtplanverfahren	457
<b>5.</b>	<b>Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen</b>	<b>460</b>
5.1.	Feststellung der (Schwer-)behinderung, Gleichstellung und Merkzeichen	460
5.2.	Nachteilsausgleiche	461
5.3.	Werkstätten für Menschen mit Behinderungen	461
<b>H.</b>	<b>Soziale Arbeit im Gesundheitswesen</b>	<b>463</b>
<b>1.</b>	<b>Gesundheitswesen und nicht Alten- und Krankenpflege</b>	<b>463</b>
<b>2.</b>	<b>Rechte der kranken Menschen</b>	<b>465</b>
2.1.	Die gesetzliche Krankenversicherung	466
2.1.1	Pflichtmitgliedschaft und Beitragssatz	466
2.1.2	Leistungsträger	467
2.1.3	Leistungen und Leistungsdreieck	467
2.2.	Die privaten Krankenversicherungen	469
<b>3.</b>	<b>Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen</b>	<b>472</b>
3.1.	Die Soziale Pflegeversicherung	472
3.1.1	Pflichtmitgliedschaft und Beitragssatz	472
3.1.2	Der Begriff der Pflegebedürftigkeit	473
3.1.3	Das Verfahren zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit	474
3.1.4	Unabhängige Pflegeberatung	475
3.1.5	Die Leistungen der Pflegeversicherung	475
3.2.	Freistellungen von der Beschäftigung	477
3.2.1	Kurzzeitige Arbeitsverhinderung	478
3.2.2	Pflegezeit	478
3.2.3	Familienpflegezeit	479
<b>4.</b>	<b>Das Betreuungswesen</b>	<b>480</b>
4.1.	Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung	480
4.1.1	Patientenverfügung	481
4.1.2	Vorsorgevollmacht	482
4.1.3	Betreuungsverfügung	483
4.2.	Rechtliche Betreuungen	483
4.2.1	Personen und Institutionen des Betreuungswesens	484
4.2.2	Aufgaben von Betreuer*innen	485
4.2.3	Betreuung und Geschäftsfähigkeit / Einwilligungsvorbehalt	486
4.2.4	Das Verfahren zur Einrichtung einer Betreuung	487
4.2.5	Das Betreuungsgericht	488
4.3.	Zwangsmaßnahmen	488
<b>I.</b>	<b>Soziale Arbeit im Kontext von Migration und Flucht</b>	<b>492</b>
<b>1.</b>	<b>Überblick</b>	<b>493</b>
<b>2.</b>	<b>Staatsangehörigkeitsrecht</b>	<b>495</b>
2.1.	Erwerb durch Geburt	496
2.1.1	Abstammungsprinzip	496
2.1.2	Geburtsortprinzip	496
2.2.	Einbürgerung	496

<b>3. Das Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger*innen und ihrer Familienangehörigen</b>	497
3.1. Das Aufenthaltsrecht der Unionsbürger*innen	497
3.2. Das Aufenthaltsrecht von Familienangehörigen aus Drittstaaten	498
3.3. Die Partizipation an Sozialleistungen	498
<b>4. Ausländerrecht im engeren Sinne</b>	499
4.1. Das Aufenthaltsgesetz im Allgemeinen	499
4.1.1 Recht auf Einreise und Aufenthalt	499
4.1.2 Verlust des Aufenthaltsrechts	501
4.2. Der Familiennachzug und das eigenständige Aufenthaltsrecht	502
4.2.1 Systemischer Hintergrund	502
4.2.2 Übersicht	502
4.2.3 Familiennachzug zu deutschen Staatsangehörigen	503
4.2.4 Familiennachzug zu Ausländer*innen	505
4.2.5 Das eigenständige Aufenthaltsrecht	506
<b>5. Recht der volljährigen Asylbewerber*innen und Flüchtlinge</b>	507
5.1. Asyl und Aufenthalt	507
5.2. Asyl und die soziale Situation	509
5.2.1 Erstaufnahme, Verteilung, Wohnen	509
5.2.2 Sozialleistungen	510
5.2.3 Teilnahme am Arbeitsmarkt; Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven	512
<b>6. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge</b>	514
6.1. Vorläufige Inobhutnahme	514
6.2. Inobhutnahme	516
6.3. Besonderheiten im Asyl- und Ausländerrecht	517
<b>J. Soziale Arbeit im Kontext von Gewalt und Straffälligkeit</b>	520
<b>1. Soziale Arbeit mit jugendlichen Straffälligen</b>	522
1.1 Jugendhilfe im Strafverfahren	522
1.2 Jugendstrafrecht	524
1.2.1 Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Jugendlichen und Heranwachsenden	524
1.2.2 Jugendstrafrechtliche Sanktionen	525
1.3. Jugendstrafverfahren und Jugendstrafvollzug	530
1.3.1 Die Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren	531
1.3.2 Besonderheiten des Jugendstrafvollzugs	532
<b>2. Soziale Arbeit mit erwachsenen Straffälligen</b>	534
2.1. Soziale Arbeit mit verurteilten Straftäter*innen	535
2.2. Rechtlicher Rahmen der Straffälligenhilfe	535
2.2.1 Gerichtshilfe	535
2.2.2 Bewährungshilfe	536
2.2.3 Führungsaufsicht	538
2.2.4 Soziale Dienste in den Justizvollzugsanstalten	539
2.2.5 Freie Straffälligenhilfe	540
<b>3. Soziale Arbeit mit Betroffenen von Gewalt und Straftaten</b>	541
3.1. Gewalt im sozialen Nahraum	542

3.2.	Gewaltschutzrecht	542
3.2.1	Gerichtliche Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt und Nachstellungen	543
3.2.2	Überlassung einer gemeinsam genutzten Wohnung	543
3.2.3	Verfahren in Gewaltschutzsachen	544
3.3.	Opferrechte im Strafverfahren	544
3.3.1	Stellung einer Strafanzeige oder eines Strafantrages	545
3.3.2	Klageerzwingungsverfahren	545
3.3.3	Privatklage	545
3.3.4	Allgemeine Rechte	545
3.3.5	Nebenklage	546
3.3.6	Besonderheiten der Verfahrensgestaltung	546
3.3.7	Psychosoziale Prozessbegleitung	547
3.4.	Hilfen für Opfer und soziale Entschädigung	547
3.4.1	Adhäsionsverfahren	547
3.4.2	Soziale Entschädigung	548
3.5.	Täter-Opfer-Ausgleich	550
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>553</b>
	<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>575</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Zum Aufbau von Lehrbuch und Fallsammlung	31
Abbildung 2:	Acht Themenfelder	63
Abbildung 3:	Fähigkeiten zur Teilnahme am Rechtsleben	72
Abbildung 4:	Das Sozialarbeiterische Leistungs-dreieck	76
Abbildung 5:	Leistungs- und Eingriffsverwaltung in den acht Themenfeldern	79
Abbildung 6:	Rechtsgebiete und Gesetze	82
Abbildung 7:	Rechtsbeziehungen im Leistungs-dreieck	83
Abbildung 8:	Geldfluss im Leistungs-dreieck	83
Abbildung 9:	Die Normenhierarchie	84
Abbildung 10:	Drei Aspekte der Verhältnismäßigkeit	89
Abbildung 11:	Die Gerichtszweige	91
Abbildung 12:	Der Instanzenzug der Zivilgerichtsbarkeit	118
Abbildung 13:	Der Ablauf des Zivilprozesses	119
Abbildung 14:	Der Ablauf des Mahnverfahrens	121
Abbildung 15:	Das Sozialgesetzbuch	126
Abbildung 16:	Formelle und materielle Gesetze des Sozialrechts	127
Abbildung 17:	Sozialleistungen und Sozialleistungsträger	127
Abbildung 18:	Vertikale und horizontale Gewaltenteilung	129
Abbildung 19:	Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen	130
Abbildung 20:	Die fünf Sozialversicherungen und ihre Träger	131
Abbildung 21:	Zuständigkeit in der Jugend- und der Sozialhilfe des Landes NRW	132
Abbildung 22:	Die drei Äußereren Merkmale eines schriftlichen Bescheides	134
Abbildung 23:	Die vier Funktionen eines Bescheides	135
Abbildung 24:	Der Ablauf des Verwaltungsverfahrens	135
Abbildung 25:	Beurteilungsspielräume und Ermessensentscheidungen	142
Abbildung 26:	Widerruf und Rücknahme von Bescheiden	145
Abbildung 27:	Die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Sozialgerichte	150
Abbildung 28:	Prüfungsschema für vollendete Straftat	156
Abbildung 29:	Rechtfertigungsgründe	158
Abbildung 30:	Garantenstellung	162

## Abbildungsverzeichnis

---

Abbildung 31:	Prüfungsschema für Straftat durch Unterlassen	163
Abbildung 32:	Maßregeln der Besserung und Sicherung	167
Abbildung 33:	Grenzwerte für Betäubungsmittel	193
Abbildung 34:	Soziale Arbeit während des Strafverfahrens	198
Abbildung 35:	Prüfschema für finanzielle Leistungen	205
Abbildung 36:	Das Prüfschema mit den wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen	206
Abbildung 37:	Die 5 Sozialversicherungen	208
Abbildung 38:	Regelbedarfsstufen 2024	209
Abbildung 39:	Schrittfolge zur Prüfung von Ansprüchen	212
Abbildung 40:	Die Steuerklassen	213
Abbildung 41:	Gehaltsberechnung	214
Abbildung 42:	Ehegattenunterhalt nach Scheidung	219
Abbildung 43:	Rangfolge der Unterhaltsberechtigten	225
Abbildung 44:	Anspruchsvoraussetzungen für das steuerrechtliche Kindergeld	232
Abbildung 45:	Sozialversicherungen: Träger, Versicherte, Risiken, Leistungen	240
Abbildung 46:	Existenzsichernde Leistungen und Personengruppen	251
Abbildung 47:	Familiäre Lebenszyklen	270
Abbildung 48:	Elternvorrang und Schutzauftrag des Staates	273
Abbildung 49:	Rechte von Kindern und Ziele der Kinder- und Jugendhilfe	274
Abbildung 50:	Struktur der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe	276
Abbildung 51:	Grundrichtung der Aufgabenerfüllung der KJH	279
Abbildung 52:	Örtliche Zuständigkeit für Leistungen der KJH	280
Abbildung 53:	Örtliche Zuständigkeit für andere Aufgaben der KJH	282
Abbildung 54:	Kostenbeteiligung der Adressat*innen in der Kinder- und Jugendhilfe	284
Abbildung 55:	Definition von Adressat*innen nach §7 Abs.1 SGBVIII	287
Abbildung 56:	Eheliche Güterstände	292
Abbildung 57:	„Varianten einer Ehescheidung“	294
Abbildung 58:	Vaterschaftsanfechtungsberechtigte	304
Abbildung 59:	Gemeinsames Sorgerecht nicht verheirateter Eltern	314
Abbildung 60:	Die Kindeswohlkriterien	328
Abbildung 61:	Gefährdungsschwelle	355

## Abbildungsverzeichnis

---

Abbildung 62: Vorgehen des Jugendamtes nach Gefährdungseinschätzung	363
Abbildung 63: Inobhutnahme	364
Abbildung 64: Übersicht zu Berufen mit sozialarbeiterischer Basisqualifikation	386
Abbildung 65: Das Gute-KiTa-Gesetz	417
Abbildung 66: Aufbau und Struktur des deutschen Schulsystems	420
Abbildung 67: Ziele schulischer Inklusion	422
Abbildung 68: Typische Angebote der Schulsozialarbeit	424
Abbildung 69: Wechselwirkungen nach dem Modell der ICF	438
Abbildung 70: Begriffe des Behindertenrechts	440
Abbildung 71: Die wichtigsten Bestimmungen des SGB IX	442
Abbildung 72: Reha-Leistungen	443
Abbildung 73: Rehabilitationsträger im System der 3 Säulen	444
Abbildung 74: Leistungsgruppen und Reha-Träger	445
Abbildung 75: Reha-Träger und jeweilige Gesetze	445
Abbildung 76: Das neue Eingliederungshilferecht	452
Abbildung 77: Merkzeichen, Beeinträchtigungen, Rechtsgrundlagen	460
Abbildung 78: Nachteilsausgleiche	461
Abbildung 79: Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen	467
Abbildung 80: Haushaltshilfen und Kinderbetreuungskosten	471
Abbildung 81: Die fünf Pflegegrade	474
Abbildung 82: Die Normenhierarchie im Ausländer- und Asylrecht	494
Abbildung 83: Familiennachzug nach dem AufenthG	502
Abbildung 84: Grundleistungen für Asylbewerber*innen	511
Abbildung 85: Strafaussetzung zur Bewährung im Jugendstrafrecht	528
Abbildung 86: Der Ablauf des Jugendgerichtshilfeverfahrens	532
Abbildung 87: Strafaussetzung zur Bewährung	536
Abbildung 88: Psychosoziale Prozessbegleitung	547

## Fallverzeichnis

I. Fall:	Die Ermittlung des Sachverhalts (Probleme der Frau Nolte)	31
II. Fall:	Soziale Arbeit zwischen Zivil- und Öffentlichem Recht (Eine schwere Depression)	66
III. Fall:	Personen und Institutionen (Einladung zum Hilfeplangespräch)	74
IV. Fall:	Typische zivilrechtliche Problemlagen (Familie Schiller)	97
V. Fall:	Typische verwaltungsrechtliche Problemlagen (Studentin Laura)	125
VI. Fall:	Das Strafrecht für Erwachsene (Busengrapscher)	154
VII. Fall:	Finanzielle Problemlagen (Studentin Bettina)	204
VIII. Fall:	Verwandtenunterhalt (Fritz braucht Geld für das Studium)	212
IX. Fall:	Staatliche Leistungen (Familie Klein)	227
X. Fall:	Aussteuerung (Heiner Bürger „soll in Rente, will aber nicht“)	239
XI. Fall:	Existenzsicherung (Sandra und Sofie)	248
XII. Fall:	Unterstützungen für Familien in der Krise (Familie Müller)	269
XIII. Fall:	Unterstützung durch das Jugendamt (Frau Krause)	331
XIV. Fall:	Kindeswohlgefährdung und Schulsozialarbeit (Besorgte Kim)	353
XV. Fall:	Berufsrechtliche Perspektiven für Sozialarbeiter*innen (Studentin Mia)	371
XVI. Fall:	Schweigen über Missbrauch (Klara lehrt Schweigen)?	391
XVII. Fall:	Haftung des Betreuers für das Verhalten von Jugendlichen (Jürgen im Zeltlager)	404
XVIII. Fall:	Kinderbetreuung in KiTa und Schule (Leonie und die Frage nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf)	413
XIX. Fall:	Unfall auf der Arbeit und privat (Heinrich und Georg)	435
XX. Fall:	Eingliederungshilfe für Jugendliche (Marcs Weg in die Schule)	451
XXI. Fall:	Haushaltshilfe und noch mehr (Stürmische Zeiten nach Frau Schäfers Krebsdiagnose)	465
XXII. Fall:	Ambulante Pflege (Herr Johann wird entlassen)	472
XXIII. Fall:	Die Einrichtung einer Betreuung (Frau Schmitz leidet an Demenz)	480
XXIV. Fall:	Aufenthalts- und Sozialrecht für EU-Bürger*innen (Frau Stinic und die Corona-Krise)	497
XXV. Fall:	Ehegattennachzug zu Ausländer*innen (Frau Maliki reist zu ihrem Mann)	499
XXVI. Fall:	Aufgaben in der Flüchtlingshilfe (Mechthild übernimmt eine neue Aufgabe)	507
XXVII. Fall:	Jugendlicher Straftäter (Karl imponiert mit dem Baseballschläger)	522
XXVIII. Fall:	Erwachsener Straftäter; Lars in der Bewährung	534
XXIX. Fall:	Stalking: Eva hat Angst vor Sven – und das leider berechtigt!	542

## **Autor\*innenverzeichnis**

Bei Doppelnennungen handelt es sich um eine gemeinsame Veröffentlichung

Christof Stock	A.1, A.2, B.1, B.3, C., E.3 bis E.5, G. bis I.
Barbara Schermaier-Stöckl	A.1, B.1, B.2, D., E.1 bis E.2, E.4, F., J.
Verena Klomann	A.2, D.1, D.4.6, E.1, F.1, J.
Anika Vitr	B.4, I.6, J.

Zitervorschlag: Lehrbuch Soziale Arbeit und Recht / *Autor\*in\**



## Abkürzungsverzeichnis

Für die Arbeit an diesem Lehrbuch verwendeten wir „Gesetze für die Soziale Arbeit, Ausgabe 2023/2024“ Nomos-Verlag. Der Stand der Gesetze entspricht dem dort wiedergegebenen Gesetzesstand. Auf neuere Entwicklungen wird ggf. hingewiesen.

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
Abs.	Absatz
AdVermiG	Adoptionsvermittlungsgesetz
AG	Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AG-KJHG	(Landes-) Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz
ALG	Arbeitslosengeld
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AO-SF	Ausbildungsordnung sonderpädagogische Förderung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis; Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
ArchsozArb	Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
Art.	Artikel
ASD	Allgemeiner Sozialdienst
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylG	Asylgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz, Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
AufenthV	Aufenthaltsverordnung
AVR	Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes und der Diakonie
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAG-SB	Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung
BAK	Blutalkoholkonzentration
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BAT	Bundesangestelltentarifvertrag
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BDO	Bundesdisziplinarordnung
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BerHG	Beratungshilfegesetz
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz

BGH	Bundesgerichtshof
BGHST	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKiSchG	Bundeskinderschutzgesetz
BR	Behindertenrecht: Fachzeitschrift für Fragen der Rehabilitation mit besonderer Berücksichtigung der Gebiete Schwerbehindertenrecht, Kriegsopfersversorgung, Kriegsopferfürsorge
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungssammlung des Bundessozialgerichts
BtBG	Betreuungsbehördengesetz
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BTHG	Bundesteilhabegesetz
BtOG	Betreuungsorganisationsgesetz
BtRegV	Betreuerregistrierungsverordnung
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BVG	Bundesversorgungsgesetz
DBSH	Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.
d.h.	das heißt
DÖV	Zeitschrift Die öffentliche Verwaltung
DRG	Diagnostic Related Groups
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DVO	Durchführungsverordnung
e.V.	eingetragener Verein
EBM	Einheitlicher Bewertungsmaßstab
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EGBGB	Einführungsgesetz BGB
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGZPO	Einführungsgesetz zu Zivilprozessordnung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EStG	Einkommenssteuergesetz
EU	Europäische Union
EUGH	Europäischer Gerichtshof
f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
FPfZG	Familienpflegezeitgesetz
FGO	Finanzgerichtsordnung
FreiEntzG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen
FreizügigkeitsG/EU	Gesetz über Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union
FSA	Fallsammlung Soziale Arbeit und Recht der Autor*innen

## Abkürzungsverzeichnis

---

GE	Das Grundeigentum – Zeitschrift für die gesamte Grundstücks-, Haus- und Wohnungswirtschaft
GEAS	Gemeinsames Europäisches Asylsystem
GdB / GdS	Grad der Behinderung / Grad der Schädigung
GewO	Gewerbeordnung
GewSchG	Gewaltschutzgesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
GSA	Gesetze für die Soziale Arbeit, Nomos Verlag
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h.M.	herrschende Meinung
HeilprG	Heilpraktikergesetz
HeimG	Heimgesetz
TF	Themenfeld
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg./hrsg.	Herausgeber / herausgegeben
HzE	Hilfe zur Erziehung
i.d.F.v.	in der Fassung vom
i.d.R.	In der Regel
ICD	International Classification of Diseases
ICF	International Classification of Functioning, Disability and Health
IDAS	Informationsdienst für ambulante Sozialarbeit
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
Info-also	Zeitschrift: Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht
InsO	Insolvenzordnung
InSoFa	Insoweit erfahrene Fachkraft
ISFW	International Federation of Social Workers
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JGH	Jugendgerichtshilfe
JöSchG	Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit
JuHiS	Jugendhilfe im Strafverfahren
JuS	Zeitschrift: Juristische Schulung
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JVA	Justizvollzugsanstalt
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
KfzHV	Kraftfahrzeughilfeverordnung
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung
KiBiz	Kinderbildungsgesetz NRW
KiQuTG	KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz; Das „Gute-KiTa-Gesetz“
KJFÖG	Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW
KJH	Kinder- und Jugendhilfe
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz, wurde ersetzt durch SGB VIII
KJSG	Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
KKG	Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz
KODA	Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsrechts
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
MiLoG	Mindestlohngesetz

## Abkürzungsverzeichnis

---

LAG	Landesarbeitsgericht
LBG	Landesbeamtengesetz
LG	Landgericht
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LSA	Lehrbuch Soziale Arbeit und Recht der Autor*innen
LSG	Landessozialgericht
LVA	Landesversicherungsanstalt, jetzt: Deutsche Rente
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MAVO	Mitarbeitervertretungsordnung
MBL	Ministerialblatt
MediationsG	Mediationsgesetz
MedR	Zeitschrift für Medizinrecht
MuSchG	Mutterschutzgesetz
n.F.	Neue Fassung
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
NJW(-RR)	Neue Juristische Wochenschrift (Beiheft: Rechtsprechungs-Report)
NRW / NW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ (-RR)	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Beiheft: Rechtsprechungs-Report)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OBG	Ordnungsbehördengesetz
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PflegeZG	Pflegezeitgesetz
PfIVG	Pflichtversicherungsgesetz
PKH	Prozesskostenhilfe
PolG	Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen
PrävG	Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention
PsychKG	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke des Landes NRW
PsychPbG	Gesetz über die psychosoziale Prozessbegleitung
PsychThG	Gesetz über die Berufe des Psychologischen und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten
PUEG	Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz
Rd.Erl.	Runderlass
RdA	Zeitschrift Recht der Arbeit
Rdnr.	Randnummer
Recht-info	Recht-Informationsdienst der Zeitschrift „Caritas in NRW“
RKEG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	Satz; Seite
s.	Siehe
SA/SP	Sozialarbeiter*in / Sozialpädagog*in
SchKG	Schwangerschaftskonfliktgesetz
SER	Soziales Entschädigungsrecht
SPFH	Sozialpädagogische Familienhilfe
SG	Sozialgericht
SGb	Entscheidungssammlung Sozialgerichtsbarkeit
SGBI – XII	Sozialgesetzbuch, erstes bis zwölftes Buch

## Abkürzungsverzeichnis

---

SGG	Sozialgerichtsgesetz
SobAG NW	Sozialberufe – Anerkennungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
SodEG	Sozialdienstleister-Einsatzgesetz
SozR	Sozialrecht, Rechtsprechung und Schrifttum, bearbeitet von den Richtern des BSG
StaFamG	Starke-Familien-Gesetz: Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung für die Leistungen für Bildung und Teilhabe
StGB	Strafgesetzbuch
StORMG	Gesetz zur Stärkung der Opfer von sexuellem Missbrauch
StPO	Strafprozessordnung
TOA	Täter-Opfer-Ausgleich
TdL	Tarifgemeinschaft deutscher Länder
TVG	Tarifvertragsgesetz
TV-L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
UMF / A	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge / Ausländer
UN-KRK	UN-Kinderrechtskonvention
VA	Verwaltungsakt
VBVG	Vormünder- und Berufsbetreuervergütungsgesetz
VereinsG	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts
VersR	Zeitschrift Versicherungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VKA	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WbG NRW	Weiterbildungsgesetz NRW
WfbM	Werkstatt für Menschen mit Behinderung
WoGG	Wohngeldgesetz
WuM	Zeitschrift Wohnungswirtschaft und Mietrecht
z.B.	zum Beispiel
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht
ZfSH	Zeitschrift für Sozialhilfe
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZMV	Zeitschrift für die Praxis der Mitarbeitervertretung in den Einrichtungen der katholischen und evangelischen Kirche
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung



## A. Einführung

### I. Fall: Die Ermittlung des Sachverhalts (Probleme der Frau Nolte)

Stellen Sie sich vor, Sie sind Mitarbeiter\*in des Allgemeinen Sozialdienstes im städtischen Jugendamt. Zu Ihnen kommt Frau Nolte. Sie ist sehr aufgeregt. Nur mit Mühe erfahren Sie folgendes: Vor drei Tagen wurde sie von ihrem Lebensgefährten, dem Vater ihrer beiden Kinder, verlassen. Sie möchte ihm jetzt das Recht zum Umgang mit den Kindern untersagen. Mark, ihr 14-jähriger Sohn, hat massive Schulprobleme und ist vor einer Woche von der Polizei bei einem Ladendiebstahl „erwischt“ worden. Maike, ihre jüngere Tochter, weigert sich zur Schule zu gehen. Mit der Miete ist Frau Nolte seit 2 Monaten im Rückstand, und Geld hat sie auch keines mehr.

### 1. Praktische Hinweise

#### 1.1. Zur Vorgehensweise im Studium

Um Soziale Arbeit und Recht zu studieren, empfehlen wir, sich parallel drei Quellen zu erschließen:

- Gesetzessammlung: Dort finden Sie die für die Soziale Arbeit maßgeblichen Gesetze gebündelt. Wir verwenden die gleichfalls bei Nomos erschienene Sammlung „Gesetze für die Soziale Arbeit“ (GSA).<sup>1</sup>
- Lehrbuch: In diesem Buch (LSA) finden Sie den zu lernenden Stoff.
- Fallsammlung und Arbeitshilfen (FSA): In diesem Ergänzungsband veröffentlichen wir parallel zum Lehrbuch praktische Fälle aus der Sozialen Arbeit.<sup>2</sup> Die Schilderungen dienen je nach Konstellation der interdisziplinären oder der rein rechtlichen Diskussion. Für beide Vorgehensweisen haben wir Falllösungen ausgearbeitet. Die Fallsammlung ist mit Arbeitshilfen, wie z.B. einer Tabelle zur Berechnung von SGB-II-Leistungen oder Links zu Antragsformularen ausgestattet.

Lehrbuch und Fallsammlung sind synchron strukturiert, so dass sie parallel gelesen werden können. Wir haben uns für die folgende Struktur entschieden:

Abbildung 1: Zum Aufbau von Lehrbuch und Fallsammlung

Kapitel		
A.		Einführung
B.		Die Rechtsordnung in ihrer abstrakten Struktur
C.	TF 1	Soziale Arbeit im Kontext finanzieller Problemlagen
D.	TF 2	Soziale Arbeit mit Paaren, Familien, Kindern und Jugendlichen
E.	TF 3	Berufsausübung in der Sozialen Arbeit
F.	TF 4	Soziale Arbeit und Bildung
G.	TF 5	Soziale Arbeit und Behinderungen
H.	TF 6	Soziale Arbeit im Gesundheitswesen
I.	TF 7	Soziale Arbeit im Kontext von Migration und Flucht
J.	TF 8	Soziale Arbeit im Kontext von Gewalt und Straffälligkeit

1 Gesetze für die Soziale Arbeit. Die angegebenen Ziffern beziehen sich auf die 13. Auflage mit dem Stand 07.08.2023

2 Stock/Schermaier-Stöckl/Klomann/Vitr, Soziale Arbeit und Recht, Fallsammlung und Arbeitshilfen.